

Benno Haunhorst

## **POLITIK, PROGRAMME UND PERSONEN. 160 JAHRE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE.**

Immer wieder hat die SPD ansetzen müssen, um das Modell der sozialen Demokratie zu verwirklichen: In der Kaiserzeit, der Weimarer Republik, der alten Bundesrepublik und jetzt im vierten Anlauf im vereinten Deutschland. Zwischen den liberalen und den konservativen Kräften musste die SPD auf ihren eigenen Beinen stehen und sich aus eigener Kraft behaupten.

Die SPD ist eine Programmpartei. In jeder Generation vergewissern sich Sozialdemokraten über ihre Grundlagen und über die zeitnotwendige Richtung ihrer Politik. Was wollen wir, was ist unverrückbar, was können wir heute leisten zum Schutz der kleinen Leute?

Bedeutende Parteiführer sind in die Geschichtsbücher eingegangen: August Bebel, Kurt Schumacher, Willy Brandt. Drei Sozialdemokraten, die ihr Leben lang gekämpft haben für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Dafür haben sie jahrelang in Zuchthäusern oder aus ihrer Heimat vertrieben leben müssen. Willy Brandt hat den Sozialdemokraten als Testament mit auf dem Weg gegeben: „Nichts kommt von selbst und nur wenig ist von Dauer. Deshalb besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass es stets neuer Anstrengungen bedarf, um Bleibendes zu schaffen.“

Seit 160 Jahren folgen Generationen von Sozialdemokraten so aufeinander. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ von Ferdinand Lassalle gegründet. Und damit beginnt die Geschichte der SPD.

### **1863 – 1945**

#### **AUFBAU, VERFOLGUNG UND BEHAUPTUNG**

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Einigkeit macht stark!“ und „23. Mai 1863 Ferdinand Lassalle“ lesen wir auf dem Traditionsbanner der SPD. Und wir sehen mitten auf dem Banner den „Handschlag“, das alte Symbol der Arbeiterverbrüderung. Diese Fahne existiert heute noch und ist seit 160 Jahren im Besitz der SPD. Sie erzählt aber nicht nur vom Anfang, sondern auch von der Geschichte der Partei: Während der 12 Jahre des Sozialistengesetzes wurde sie vor der Polizei versteckt. In den 12 Jahren der Nazi-Diktatur war die Fahne zum Schutz vergraben worden. Und nach 1945 wurde sie in Wäschestücke gehüllt in den Westen geschmuggelt. Über 40 Jahre dauerte das Verbot der SPD in der DDR. Dreimal also wurde in Deutschland die Sozialdemokratie verboten und unterdrückt. Von den 160 Jahren ihrer Geschichte konnte sie sich nicht einmal 100 Jahre politisch frei bewegen, davon gut die Hälfte in Mitverantwortung für die Regierung und lediglich zwei Dutzend Jahre unter einem sozialdemokratischen Kanzler. Von dieser Geschichte soll erzählt werden und von den Werten, die auf der Gründungsfahne festgehalten sind.

## **Einigkeit macht stark**

Ferdinand Lassalle gründete die Partei in klarer Gegnerschaft zu Karl Marx, dessen Verelendungs- und Revolutionstheorie er ablehnte. Lassalle wollte jetzt den politischen Zusammenschluss der Arbeiter und nicht warten auf ein unbestimmtes Zukunftsdatum des Zusammensturzes, wie es Marx propagierte. Ferdinand Lassalle konnte jedoch kaum etwas in der Parteiführung leisten. Er starb bald. 1866 aber gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht die „Sächsische Volkspartei“. Die beiden sozialdemokratischen Initiativen schlossen sich 1875 in Gotha zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammen. 1891 gaben sie sich das berühmte „Erfurter Programm“ und den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“: SPD. Mit 20% der abgegebenen Stimmen war sie zu dieser Zeit bereits die Partei mit den meisten Stimmen bei den Reichstagswahlen. Bis zum Ersten Weltkrieg wurden daraus 35%. Allerdings durften nur die Männer wählen und die Wählerstimmen waren nicht gleichwertig, sondern wurden nach Besitz gewichtet.

Aber zunächst soll noch erzählt werden, was zwischen Gotha und Erfurt in den Jahren 1878 bis 1890 geschah. Bismarcks „Sozialistengesetz“, das in dieser Zeit im Deutschen Reich in Kraft war, stellte alle Vereinigungen unter Strafe, die „durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“ und die damit gegen den „öffentlichen Frieden“ gerichtet waren und so die „Eintracht der Bevölkerungsklassen“ störten. An diesen Formulierungen wird bereits deutlich, dass das Kaiserreich die SPD als seinen Feind betrachtete, weil sie die bestehenden Verhältnisse verändern wollte. Dass ohne die SPD Frieden und Eintracht herrsche, war von oben her gedacht. Es waren der Frieden und die Eintracht der Besitzenden, nicht aber der Arbeiter und der einfachen Menschen. Sie wollten Demokratie, Gerechtigkeit und Beteiligung. 1500 Sozialdemokraten erhielten Gefängnisstrafen, 900 Vertrauensleute der SPD wurden aus ihren Wohnorten verwiesen, viele emigrierten ins Ausland und gründeten dort – z.B. in den USA – die Organisationen der Arbeiterbewegung. 184 Tageszeitungen der SPD und 307 Zeitschriften der Partei wurden verboten. Die Behörden lösten 332 Arbeiterorganisationen auf und konfiszierten ihren Besitz. Diese Zahlen belegen nicht nur, mit welcher totaler Brutalität Bismarck gegen die Sozialdemokratie vorging, sondern auch, in welcher heute kaum vorstellbaren Breite die frühe Sozialdemokratie organisiert war.

Die Parteiführung besorgte den Zusammenhalt vom Ausland aus. Die Sozialdemokraten trafen sich weiterhin in neu gegründeten Sport-, Gesangs-, Kultur- und Bildungsvereinen. Gastwirte wurden zur entscheidenden Stütze in diesen Jahren, weil Versammlungen in Lokalen verboten waren. Drei Folgen zeitigte das „Sozialistengesetz“: 1. Die SPD wurde zur stärksten Partei. 2. Sie radikalisierte sich in der Programmatik durch die Hinwendung zum Marxismus mit dem Ziel einer kommunistischen Ordnung über Revolution, Enteignung des Großkapitals und Diktatur des Proletariats. 3. Die Partei schuf eine eigene Lebenskultur von der Wiege bis zu Bahre, die Arbeit und Freizeit umfasste: Vereine, Publikationen, Genossenschaften, Gewerkschaften bildeten mit der Partei die Sozialdemokratie, die dann über die folgenden drei Generationen bis in die frühe Bundesrepublik hinein Bestand hatte.

An dieser Stelle soll an einen der ganz großen Parteiführer erinnert werden: August Bebel. Der Drechslergeselle, der aus der Arbeiterbildungsbewegung kam, saß bereits 1870 im Reichstag. Als er dort mutig und als einziger den sofortigen Frieden im Krieg gegen Frankreich forderte, erntete er einen großen Tumult. Bis 1874 musste er dann eine Festungshaft abbüßen wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung. Später folgten noch weitere Haftstrafen und Ausweisungen. Dabei war August Bebel kein Krimineller, sondern ein Menschenrechtler. Seine Reichstagsreden gegen den Antisemitismus und gegen die Kolonialpolitik sind bis heute berühmt geblieben. Sein Einsatz für die Dienstboten und Hausangestellten, die sich in einer besonders prekären Lage befanden, weil sie individualisiert arbeiteten und wohnten, wurde legendär. Er forderte ihre Gleichstellung mit den Industriearbeitern. Bebels Buch „Die Frau im Sozialismus“ von 1879 wurde über 40 Jahre lang hunderttausendmal auf der ganzen Welt verkauft. Das war der Beginn der Frauenbewegung mit dem Entwurf eines Gesellschaftsbildes, in dem gleiche Rechte für alle Menschen gelten. 1913 starb August Bebel. 1918 kamen endlich die Gesetze, für die er sein Leben lang gekämpft hatte. August Bebel war der „Arbeiterkaiser“, Zehntausende hörten seine öffentlichen Reden, er führte die SPD an die Spitze der politischen Parteien. Helmut Schmidt hat in ihm stets sein großes Vorbild gesehen.

Bereits unter August Bebel begann die bedeutsamste programmatische Auseinandersetzung in der SPD. Sie fand ihren Ausdruck in dem bahnbrechenden Erfurter Programm von 1891. Geklärt wurde sie erst im Godesberger Programm 1959, flammte aber auch danach immer mal wieder auf. Es war der sogenannte „Revisionismusstreit“. Karl Kautzky und Eduard Bernstein hießen die beiden weltberühmten Kontrahenten.

Worum geht es? Das Erfurter Programm zerfällt in zwei, deutlich verschiedene Teile: einen theoretisch-marxistischen von Karl Kautzky und einen praktisch-politischen zur Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von Eduard Bernstein. Dieser wandte sich vor allem gegen die Voraussagen der wachsenden Verelendung der Arbeiterschaft mit der Vorhersage des Zusammenbruchs des Systems. Erst so sollte eine revolutionäre Lage entstehen, die dann notwendig in den Sozialismus führte. Die Politik der SPD-Parlamentarier gestaltete sich aber auf allen Ebenen ihrer Tätigkeit anders. Sie warteten nicht auf den Zusammenbruch, sondern gestalteten hier und jetzt die Lebens- und Arbeitsbedingungen der kleinen Leute. Das politische Ziel der Partei war seit Erfurt klar formuliert: Die SPD kämpft „für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung ... (Sie kämpft gegen) jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

Es kommt nicht von ungefähr, dass wir ähnliche Formulierungen in unserem Grundgesetz wiederfinden. Über Generationen hat die Sozialdemokratie dafür gestritten. Und sie hat dabei ihre alltägliche Politik immer wieder an den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten ausgerichtet. Das nennt man Revisionismus.

## **Der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Partei**

Am 31. Juli 1914 erschien die Extra-Ausgabe des „Vorwärts“ mit der Überschrift „Gegen die Kriegshetzer!“. Unter der Parole „Wir wollen keinen Krieg“ rief die Partei in allen großen Städten zu Massendemonstrationen auf. Die SPD vertraute auf die Solidarität in der Sozialistischen Internationale. Mit 5 Mill. Mitgliedern war sie die größte Friedensbewegung der Welt. Und die SPD

war mit ihren 1 Mill. Mitgliedern und dem Status der größten Fraktion im Reichstag die wichtigste Sektion der Sozialistischen Internationale. Am 1. August rief der Kaiser die Mobilmachung aus und erklärte den Krieg. Am 4. August stimmte der Reichstag geschlossen für die Kriegskredite. Auch die SPD, obwohl die Fraktion intern zunächst dagegen gestimmt hatte, z.B. auch der damalige Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase. Der Konflikt zwischen der Verpflichtung aufs Vaterland und der internationalen Solidarität der Arbeiter war für die SPD nicht zu lösen. In der Erklärung der Fraktion wurde der Krieg als Ergebnis einer imperialistischen Politik bezeichnet. Die Partei entscheide sich nicht für diesen Krieg, sondern für die Landesverteidigung. Am Schluss der Fraktionserklärung hieß es: „Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“ Diese Position klang wohlthuend anders als die nationalistische Kriegsbegeisterung, die die übrigen Parteien vertraten. Unter zwei Bedingungen stimmte die SPD der Finanzierung dieses Krieges zu. Sie erwartete von der Regierung besonnenes Handeln und sie verlangte, dass der Krieg ausschließlich der Verteidigung diene und nicht zum Eroberungskrieg werden dürfe.

Sicherlich gab es auch taktische Überlegungen in der Partei: Wenn wir uns jetzt verweigern, werden wir bei all dieser Begeisterung an den Rand gedrängt und wieder einmal als „vaterlandslose Gesellen“ und unzuverlässige Feiglinge diffamiert. Aber wir können auch die Argumente lesen, dass die Sozialdemokratie bereits so viel herausgeholt habe für die Arbeiter in Deutschland, dass nicht riskiert werden dürfe, das aufs Spiel zu setzen. Und dann gabes noch die Kriegsbefürworter in der SPD, die den internationalistischen Gedanken hervorhoben: Der Krieg bietet die Gelegenheit, den britischen und französischen Imperialismus, vor allem aber den Zarismus, zu stoppen, die Herrschaft der elitären Klassen in diesen Ländern zu brechen und damit den Arbeitern dort zu helfen.

Aber von den Gegnern in den eigenen Reihen und von der Öffentlichkeit wurde nur die Zustimmung zum Krieg wahrgenommen, obwohl alle anderen Parteien der Sozialistischen Internationale genauso entschieden. Die SPD galt ab jetzt als Umfallerpartei, die, wenn es ernst wird, ihren Pazifismus meist bietend versteigere. Anarchisten und Kommunisten kolportieren dieses Gerede auch noch nach dem Krieg, obwohl sie in ihren Parteidoktrin – anders als die SPD – Gewalt als Mittel der Politik propagierten. Die Nazis hingegen

warfen der SPD später vor, feige gewesen zu sein, gegen den Krieg agiert und letztlich Deutschland verraten zu haben.

1870 erklärte sich die SPD klar gegen den Krieg mit Frankreich. Ab 1939 ebenfalls – zuerst zu dem Überfall auf Polen und danach auf Frankreich - , allerdings aus dem Exil heraus und deshalb wenig öffentlichkeitswirksam. Ob man gegen das Hitler-Regime eine Waffe in die Hand nehmen dürfe, wurde auch unumstritten bejaht. Lediglich die Position der SPD zu 1914 blieb umstritten, obwohl ihre Zustimmung zu den Rüstungsausgaben differenziert begründet und ihre Distanz zum kriegerischen Hurra-Patriotismus deutlich erkennbar war.

Im Fortschreiten des Krieges stellte sich aber heraus, mit welcher überdimensional großen Opfern vor allem die Arbeiterschaft belastet wurde. Es kam zu Spaltungen in der SPD: 1915 stimmten 41 ihrer Abgeordneten gegen die Kriegskredite. 1916 verweigerten Hugo Haase und weitere Genossen ihre Zustimmung zum Not-Etat der Regierung und bildeten daraufhin die selbstständige Fraktion „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“. Die Oktoberrevolution unter Lenin 1917 fand nur in dieser sozialdemokratischen Minderheit eine Zustimmung, obwohl sie doch eigentlich gegen die Gewalt als politisches Mittel waren. Es wurde jetzt klar, dass sich links von der SPD die USPD und der radikal-kommunistische Spartakusbund etablieren konnten. Solche linke Abspaltungen von der SPD durchziehen die Geschichte der Partei: Die USPD, die KPD und weitere kleine sozialistische Gruppen in der Weimarer Zeit, in der Bundesrepublik dann Teile der 68er-Bewegung und schließlich die WASP und die Linke.

### **Politische Verantwortung in der Demokratie**

In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 stellte die SPD dem Kaiser ein Ultimatum für seinen Rücktritt und zur Beendigung des Krieges. Am 9. November kam es in Berlin zum Generalstreik, um diese Forderungen zu unterstützen. Prinz Max von Baden gab eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt und übertrug Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Philipp Scheidemann rief vom Reichstag die „Deutsche Republik“ aus. Kurz danach erklärte Karl Liebknecht, der Führer des Spartakusbundes, die „Sozialistische Republik“ und grüßte ausdrücklich die „russischen Brüder“.

SPD und USPD bildeten eine paritätisch besetzte Regierung, weil man der Einstellung „Kein Bruderkampf!“ folgen wollte. Allerdings brach diese Koalition bereits nach wenigen Wochen zusammen. Am 19. Januar 1919 wurde gewählt. Zum ersten Mal durften auch Frauen mitstimmen. Die SPD erhielt 37,85% der abgegebenen Stimmen. Erst fünf Jahrzehnte später konnte sie ein solches Ergebnis wieder erzielen und schließlich sogar noch übertreffen. 163 SPD- und 22 USPD – Abgeordnete zogen in den Reichstag ein. Die Sozialdemokraten waren die mit Abstand stärkste Fraktion. Friedrich Ebert wurde zum Reichspräsidenten gewählt. Mit dem Sattlergesellen Friedrich Ebert stand erstmals und bis heute einzigartig ein Arbeiter an der Spitze des deutschen Staates, des ersten demokratischen deutschen Staates.

Bereits die Revolutionsregierung von SPD und USPD hatte wichtige neue Gesetze erlassen: Allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen, Achtstundentag, Verbot der Kinderarbeit, Abschaffung der Gesindeordnung, Arbeitsschutzbestimmungen, Tarifverträge, Erwerbslosenregelung und Koalitionsrecht. Die politischen Aufgaben im Alltag waren gigantisch: 6 Mill. Soldaten und 3 Mill. Rüstungsarbeiter brauchten Arbeit. Die Menschen litten Hunger, die Spanische Grippe raffte Hunderttausende dahin, Deutschland litt unter den Reparationskosten, die Inflation stieg ins Gigantische. Rechtsradikale versuchten im Kapp-Putsch die Macht an sich zu reißen, dagegen streikten 12 Mill. Arbeiter.

1922 löste sich die USPD auf. Der größte Teil schloss sich wieder der SPD an.

Ich möchte das politische Klima in den 20er Jahre kurz darstellen und dabei vor allem auf die Entstehung von ideologischen Mythen hinweisen, die sich in dieser Zeit von Rechts und Links gegen die SPD bildeten. Philipp Scheidemann führte die erste Regierung nach dem Weltkrieg. Die SPD war die stärkste Partei geworden. Scheidemann war ein Gegner des Versailler Vertrages, wurde allerdings von der Mehrheit überstimmt, worauf er zurücktrat.

Der Sozialdemokrat Gustav Bauer folgte ihm als Reichskanzler. Die erste von der SPD geführte Regierung galt als der Erfüllungsgehilfe der Siegermächte. So jedenfalls sahen es die Rechten. 1920 verhinderten SPD und Gewerkschaften den rechten Kapp-Putsch durch Ausrufung des Generalstreiks. Viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter erwarteten jetzt die Übernahme der Macht durch eine „Arbeiterregierung“.

Im März wurde der Parteivorsitzende Hermann Müller Regierungschef. Als radikale Arbeiter auch nach dem Ende des Generalstreiks die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten, setzte die Regierung - durch Minister Gustav Noske - Reichswehreinheiten gegen die Streikenden ein. Seitdem gelten die Sozialdemokraten bei den Kommunisten als Arbeiterverräter und Arbeitermörder. Im Juni 1920 fiel die SPD bei den Reichstagswahlen von 37,9% auf 21,7%, während die oppositionelle USPD von 7,6% auf 17,9% zunahm.

1921/22 trat die SPD in die große Koalition des Kabinetts Wirth unter Leitung des Zentrums ein. Dort musste sie dann auch der Forderung nach Reparationen zustimmen. Die nationalsozialistische Rechte belegte die SPD jetzt zum wiederholten Male mit dem Vorwurf die „Erfüllungspolitik“ der Sieger zu betreiben.

1923 trat die SPD mit der DVP in die große Koalition unter Gustav Stresemann ein. Rudolf Hilferding, der Finanzminister von der SPD und führender linker Wirtschaftswissenschaftler in Europa, versuchte die Währung zu stabilisieren, um der Verarmung der arbeitenden Bevölkerung entgegen zu wirken. Die DVP hingegen drängte die Errungenschaften der SPD-Politik, u.a. den Acht-Stunden-Tag, zurück und zwang Hilferding zur Amtsaufgabe. Im November 1923 verließ die SPD schließlich die Koalition, weil Stresemann die Reichswehr ermächtigt hatte, die in Sachsen und Thüringen legal gewählten Regierungen aus SPD und KPD abzusetzen.

Im Jahr 1924 jedoch befand sich die SPD in einem großen Dilemma: Sollte sie wieder mit der rechtsliberal–großkapitalistischen DVP eine Koalition eingehen oder in die Opposition

gehen, um dann der stockreaktionären Partei der Großgrundbesitzer - der DNVP - den Regierungsplatz überlassen? Sie entschied sich für die Opposition.

1924 bis 1928 war die SPD nicht an der Regierung beteiligt, festigte sich in der Opposition und wurde schließlich wieder stärkste Partei. Aus dieser Zeit stammt der Mythos des linken Parteiflügels, dass die natürliche Rolle der SPD in der Opposition und nicht in der Regierung läge. Nur so könne man die „Reinheit“ der sozialistischen Idee retten. Tatsächlich beschloss die Partei 1925 auf ihrem Parteitag in Heidelberg ein Programm, das zu der letzten strikt marxistischen Positionierung gehörte. Die SPD reagierte darin auf den heraufziehenden Faschismus sowie auf die Angst der Mittelschichten und der Arbeiterschaft vor Verarmung. Als politisches Gegenmittel forderte das Heidelberger Programm die „vereinigten Staaten von Europa“ mit einer „europäischen Wirtschaftseinheit“, die zu einer „Interessensolidarität“ der Völker hinleiten sollte. Das war visionär! Erst dreißig Jahre später – das soll hier als Zwischenruf einmal notiert werden – gewinnen diese Vorstellungen erste Konturen in ihrer Verwirklichung.

1928 wurde dann die SPD erneut für zwei Jahre Regierungspartei. Hermann Müller führte zum zweiten Mal die Regierung an. Aber die politischen Verhältnisse waren äußerst prekär. Die große Koalition von SPD, Zentrum, DDP und DVP besaß keine Gemeinsamkeiten. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital wurde innerhalb der Regierung selbst ausgetragen. Im August 1928 stimmten die sozialdemokratischen Minister dem Bau des ersten Panzerkreuzers zu. Im Wahlkampf hatten sie ihn noch abgelehnt, jetzt aber stimmten sie unter der Drohung zu, andernfalls würde eine Rechtsregierung gegen die SPD gegründet werden. Es kam zu großer Unruhe in der Partei und zu internen Kämpfen gegen einen Identitäts- und Substanzverlust. Vor allem junge Sozialdemokraten gründeten eigenständige Zusammenschlüsse außerhalb der Partei. Die Kapitalisten nutzten diese Tendenzen in der SPD und die extrem angespannte wirtschaftliche Lage zum Klassenkampf von oben: An der Ruhr wurden widerrechtlich 250.000 Arbeiter ausgesperrt, um die Tarifverträge – eine Errungenschaft der SPD von 1918 – abzuschaffen. Ihre Koalitionspartner wollten die Einkommens- und Vermögenssteuer senken und dafür die Konsumsteuer, die alle Menschen in ihrem Lebensalltag betraf, erhöhen. Dann verweigerten sie auch noch die Anpassung der Arbeitslosenversicherung an die Preissteigerungen. Die SPD und die Gewerkschaften wurden in ihrem Selbstverständnis fundamental getroffen. Genau das entsprach aber der Intention der Rechten und es nützte den Kommunisten. In diesen Tagen kam die Parole der KPD von der Sozialdemokratie als den „Sozialfaschisten“ auf. Sie stellte den Kampf gegen die SPD als wichtiger dar als die Verhinderung der Nazis. Im März 1930 verließ die SPD diese letzte parlamentarische Regierung.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die Wirtschafts- und Finanzkrise bildeten den Nährboden für das Emporkommen der drei die Demokratie zerstörenden Großideologien: Den ausbeuterischen Kapitalismus der Großindustrie, die Bolschewismuspropaganda der KPD sowie die Volksverräter-Diffamierung durch die NSDAP und die anderen Rechten. Der Rücktritt von Hermann Müller 1930 und der damit verbundene Verlust sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurde zum entscheidenden Signal für die

Reaktionäre zum Aufbruch in die Diktatur. Ab 1930 regierten Brüning und Schleicher ohne parlamentarische Beteiligung über Notverordnungen mit ihren Präsidialkabinetten. Die Regierungen wurden von Hindenburg eingesetzt und nicht vom Reichstag gewählt. Die SPD tolerierte das Präsidialkabinett von Brüning, um Hitler zu verhindern, dessen NSDAP in dieser Zeit zur größten Fraktion wurde und im Parlament alles hätte blockieren können.

### **Der Übergang in die Diktatur**

Zwischen 1919 und 1932 bildeten SPD, Zentrum und DDP die „Preußenkoalition“. Otto Braun war fast ununterbrochen preußischer Ministerpräsident und Carl Severing der Innenminister dieses größten deutschen Landes und Bollwerkes der Demokratie. Sie gründeten neue Schulen und Volkshochschulen, bauten Kindergärten, öffentliche Büchereien, Jugend- und Altenheime, Wohnsiedlungen, Sport- und Spielflächen. Systematisch setzten sie an der Spitze der Ämter als Leiter Demokraten ein. Trotz all dieser Anstrengungen blieb jedoch die Tradition des Obrigkeitsstaates ungebrochen. Am Ende der Weimarer Republik bestand die Richterschaft in Preußen nur zu höchstens 5% aus Demokraten!

Der Sparpolitik der Reichsregierung Brüning hatte die SPD in Preußen nichts entgegen zu setzen. Die breite Masse gewann den Eindruck, dass die SPD nicht für sie eintrat. Aber die eigentliche Macht im Staat lag beim Kapital, der Reichswehr, den Großgrundbesitzern und dem Reichspräsidenten Hindenburg, der die parlamentarische Demokratie und ganz besonders die Sozialdemokratie verachtete. Das gipfelte darin, dass die Reichsregierung von Papen die Preußische Regierung am 20. Juli 1932 einfach absetzte („Preußenschlag“). Eine kleine Clique von rechten Politikern besiegte damit das Volk. Die SPD war zu lange die Vertreterin der Legalität und der freien Politik. Zwar gründete die Partei 1929 mit den Gewerkschaften zusammen die „Eiserne Front“ zur Abwehr des rechten und des linken Terrors, aber in der demokratischen Auseinandersetzung fand sie keine Mittel mehr um sich zu wehren.

Der Staatsstreich von 1932 passte in das Konzept, dass Brüning, Schleicher und Hindenburg bereits 1929 zur Ausschaltung der SPD und der parlamentarischen Demokratie verabredet hatten. Das waren die ersten konkreten Überlegungen zur Einführung der Diktatur. Bereits 1930 ließ Brüning den Reichstag von Hindenburg auflösen. Von da an regierte er über Notverordnungen. Bei der Neuwahl im September 1930 erzielte die NSDAP einen sensationellen Erfolg, während die SPD große Verluste hinnehmen musste. Zu dieser Zeit herrschte eine Arbeitslosigkeit von 14%. Die SPD tolerierte die Regierung Brüning, die nur vom Zentrum und kleineren Mittelstandsparteien getragen wurde, weil sie KPD und NSDAP in Neuwahlen nicht stärker machen wollte. 1932 wurde Hindenburg mit den Stimmen von SPD und Zentrum zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Brüning musste im Mai diesen Jahres zurücktreten und Papen wurde neuer Reichskanzler. Dieser ließ die SA wieder zu.



Im Juni 1932 wurde der Reichstag aufgelöst. Blutige Straßenschlachten durchzogen den folgenden Wahlkampf. Die bereits erwähnte Absetzung der preußischen Regierung durch Papen erfolgte daraufhin wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“. An der SPD-Basis wuchs die gewaltbereite Kampfberedtheit für die Demokratie, aber die Führung setzte ausschließlich auf legale und gewaltlose Mittel. Die Gewerkschaften lehnten den von der KPD geforderten Generalstreik ab, weil sie durch die hohe Arbeitslosigkeit sehr geschwächt waren und sich eine Mobilisierung nicht zutrauten. Am 31. Juli 1932 verlor die SPD bei der Reichstagswahl weitere Stimmen an die KPD. Sie schaffte es nicht, die Tolerierung Brüning, die Unterstützung Hindenburgs bei der Wahl zum Reichspräsidenten – immerhin gegen Hitler und Thälmann, die ebenso wenig lupenreine Demokraten waren! – sowie ihr Stillhalten nach dem „Preußenschlag“ ihren Wählern zu vermitteln. Da mit den Wahlergebnissen keine Regierung gebildet werden konnte, kam es am 6. November 1932 zu weiteren Neuwahlen. Die NSDAP verlor viele Stimmen. Hindenburg ernannte seinen engen Berater Schleicher zum Reichskanzler. Parallel dazu verbündeten sich Großindustrielle und Rechte mit Hitler.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die NSDAP war zwar die größte Partei im Reichstag, besaß aber selbst mit 43,9% der Wählerstimmen keine Regierungsmehrheit. Am 23. März 1933 stimmten NSDAP, DNVP und Zentrum für das Ermächtigungsgesetz und damit für den Beginn der Diktatur.

### **Freiheit und Leben kann man uns nehmen**

Von den 120 sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten 93 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz. Die anderen befanden sich bereits in „Schutzhaft“. Vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz trat Otto Wels, der Parteivorsitzende der SPD, an das Rednerpult. Umringt von SA-Leuten in Uniform sprach er die Worte, die heute noch jeder Sozialdemokrat auswendig können sollte: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft. ... Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

In genau diesem Geist haben Sozialdemokraten nach dem Krieg die Grundrechte unserem Grundgesetz eingeschrieben: Die unveräußerliche Menschenwürde, die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, das Verbot von Zwangsarbeit, das Asylrecht, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, das Wohl der Allgemeinheit über das private Eigentumsrecht.

Als einzige Partei stimmte die SPD bereits 1933 geschlossen für diese Werte. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten, schon am 9. Mai hatte ihre Enteignung stattgefunden. Ihr Vermögen, die Parteihäuser, Zeitungen und Druckereien wurden beschlagnahmt. Der Parteivorstand ging nach Prag ins Exil. Andere nach Paris, London, Skandinavien oder Amerika. 3000 Sozialdemokraten kamen ins Zuchthaus oder ins KZ. Die meisten wurden

dort ermordet. Bis heute ungezählte Sozialdemokraten verloren ihre Existenzgrundlage, weil ihnen als Beamten gekündigt wurde oder sie als Partei- und Gewerkschaftssekretäre auf der Straße standen.

Ich möchte hier einige Namen nennen, stellvertretend für die vielen Genossinnen und Genossen, derer wir gedenken sollten. Von den Nazis ermordet wurden die großartigen Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding, Theodor Haubach, Julius Leber, Adolf Reichwein, Carlo Mierendorff, Wilhelm Leuschner, Ernst Heilmann, Johanna Kirchner, Jeanette Wolf. Das KZ oder das Exil haben überlebt, um nach dem Krieg unser Land und die deutsche Sozialdemokratie maßgeblich mitzubestimmen: Kurt Schumacher, Georg Diederichs, Alfred Kubel, Fritz Erler, Ernst Reuter, Otto Brenner, Max Brauer, Herbert Wehner, Willy Brandt, Egon Franke, Alfred Nau, Erich Ollenhauer, Paul Löbe, Adolf Grimme, Waldemar von Knoeringen, Richard Löwenthal, Willi Eichler, Josef Felder, Wilhelm Hoegner, Otto Bennemann, Martha Fuchs, Käthe Strobel, Louise Schröder.

Freiheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit. Einigkeit macht stark. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!

Bevor ich einen kurzen und letzten Blick auf die SPD in Widerstand und Exil richte, möchte ich noch einmal zurückblicken auf die Situation der SPD am Ende der Weimarer Republik. Die SPD war eine stolze Partei! Sie war die mit Abstand größte Partei mit einem aktiven lebensweltlichen Umfeld von Sport- und Gesangsvereinen, Bildungsvereinen, Buchclubs, Publikationsorganen und Verlagen, Genossenschaften, Jugendgruppen, Naturfreunden, Gewerkschaften, Wohnquartieren. Diese Jahre waren für die SPD programmatisch äußerst lebendig und produktiv. Aber ihre Ergebnisse bei den Reichstagswahlen bewegten sich nur noch um die 20%. Damit konnte man nicht mehr den Regierungschef stellen. Die Wählerschaft der SPD war auf ihre loyalen Anhänger zusammengeschrumpft. Die SPD war die Partei der Facharbeiter, nicht der Proleten. Dort hatten Kommunisten und Nazis ihre Basis. Die SPD war die Partei der Bildung, der Sozialarbeit, der Tarifverträge, der Demokratie. Mit Aufruhr aber sorgten Kommunisten und Nazis unter den Arbeitslosen für Aufsehen. Die SPD galt als behäbig und bonzenhaft, als eine Partei seelenloser Funktionäre. Jedenfalls wurde sie so dargestellt von zahllosen Feuilletonisten und jüngeren Künstlern, die sich kommunistisch oder anarchistisch gaben. Es erschien eine ganze Reihe von Romanen, in denen sich die Jungen gegen ihre SPD-Väter stellten. Sie wollten den satten Konsumverein überwinden und zum revolutionären Elan zurückkehren.

Die Kommunisten erklärten den Arbeitslosen, dass die „Sozialfaschisten“ von der SPD Schuld seien an ihrer Lage. Sie hätten mit den Militärs gemeinsame Sache gemacht im Weltkrieg und später bei den Krediten für den Bau eines Panzerkreuzers. Sie hätten die Unterdrückung der Arbeiter betrieben, indem sie im November 1918 und beim Kapp-Putsch revolutionäre Arbeiter niedergeknüppelt und die Notverordnung der Regierung Brüning unterstützt hätten.

Die Nazis erzählten ihrerseits den Arbeitslosen, die „Vaterlandsverräter“ von der SPD seien für ihre Situation verantwortlich. Sie hätten Deutschland verraten durch die Kapitulation 1918 und die Einführung der Republik, durch die Unterschrift unter den

Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund. Bei all dem sei die SPD in führender Verantwortung gewesen.

Die SPD wehrte sich in den Wahlkämpfen 1930 – 1933 gegen diese Rechts-Links-Koalition. Auch heute kann man gelegentlich noch die Kritik lesen, die SPD habe damals versagt und sei somit für das Nazi-Regime mitverantwortlich, weil sie weder gegen Brünings Notverordnungen und gegen Papens Staatsstreich von 1932, die die Grundrechte bereits einschränkten, noch gegen Hitlers Machtergreifung 1933 zum Generalstreik aufgerufen hatten. Wir wissen, dass der linke Flügel der SPD und Teile der traditionellen Sozialdemokraten damals dazu bereit waren. Warum aber entschied sich die Parteiführung gegen den Aufstand auf der Straße und in den Betrieben? Es gab 6 Mill. Arbeitslose und man befürchtete, in dieser Situation nicht ausreichend viele Arbeiter mobilisieren zu können. Die SPD wollte den „Reichsbanner“ nicht einsetzen für einen bewaffneten Straßenkampf, weil sie von der Aufrüstung der SA-Truppen wusste und die Genossen nicht in den Tod gehen sollten. Zudem war die Partei zutiefst parlamentarisch eingestellt und dachte noch nach Hitlers Machtergreifung bis in den Sommer 1933 daran, auf legalen Wegen etwas erreichen zu können.

In der Parteiführung gab es einen tiefgreifenden Dissens zwischen „sofort in den gewaltsamen Widerstand“ und „abwarten und politisch handeln“. Vielleicht hätte man sich eindeutig für die erste Option entschieden, wenn man das Ausmaß der nachfolgenden Barbarei nur annähernd hätte erahnen können. Aber die SPD stand auch ziemlich allein da. Zu den Demonstrationen am 1. Mai 1933 rief sie nicht mit auf, denn mit den Gewerkschaften beteiligten sich auch Nazis und Kommunisten daran. Am 2. Mai wurden alle Gewerkschaftshäuser verwüstet. Die Gewerkschaften werden verboten und enteignet. Das war die Realität: Symbolische Aktionen führten zu dieser Zeit in die Katastrophe.

Der sozialdemokratische Widerstand lässt sich grob in zwei Epochen einteilen. Die erste Phase von 1933 bis 1938 kann man überschreiben mit Zusammenhalten, Abstand halten, verweigern. Es ging um Ehre und Treue und um Hilfestellung für die bedrohten Genossen und ihre Familien. In kleinen, konspirativen Gruppen wollte man vor allem die Oppositionshaltung beibehalten und festigen in den Jahren, als es kaum noch Gegenstimmen gab und sich das Regime als erfolgreich inszenierte. Man traf sich in alltäglichen Zusammenhängen wie Ausflügen, Festtagen, Beerdigungen. Die Parteiführung hielt von Prag aus Kontakt, indem sie Informationen und Einschätzungen sammelte und sie in den Jahren 1934 bis 1940 als „Deutschlandberichte“ herausgab. Die Netzwerke waren jedoch wenig organisiert und meistens ohne Verbindung zur Parteiführung. Aber sie hielten und ließen dann die SPD im Sommer 1945 überall aus dem Stand wieder auferstehen.

In der zweiten Phase ab 1939 kam es dann zur strukturierten Arbeit von Widerstandsgruppen und zu deren Kooperation. Bekannt sind heute insbesondere der militärische Widerstand aus dem konservativ-bürgerlichen Lager, das nach 1945 zur eigenen Legitimation diese Gruppen besonders herausgestellt hat. Und bekannt wird der Widerstand der Kommunisten, den die DDR-Propaganda als den einzig wahren und durchschlagend erfolgreichen herausstellte. Tatsächlich aber waren die Kommunisten nach

dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 im Widerstand erledigt. Die Konservativen standen mit ihren Vorstellungen von einem autoritären Ständestaat genauso wenig wie die Kommunisten für Demokratie und Freiheit.

In den 40er Jahren verlagerte der SPD-Parteivorstand seine Arbeit nach London. Dort litten die Sozialdemokraten unter Behinderungen ihrer Arbeit. Aber die SPD entwickelte in diesen Jahren ihre Programmatik weiter. 1941 schlossen sich mehrere Splittergruppen im Londoner Exil wieder der SPD an: Neu Beginnen, Internationaler Sozialistischer Kampfbund, Sozialistische Arbeiterpartei. In der Bundesrepublik prägten dann ihre ehemaligen Mitglieder ganz entscheidend die Politik der SPD mit.

1945–2023

## ÖFFNUNG, GESTALTUNG UND ERNEUERUNG

Kurz nach dem Krieg – im April 1946 – erschien noch in London das „Weissbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur“. Bereits ein gutes Jahr zuvor verfasste Hans Vogel, der damalige Vorsitzende der SPD, sein Vorwort. Er starb allerdings einige Wochen später – übrigens genau an dem Tag als in Wennigsen die „Reichskonferenz“ der SPD über die Wiedergründung der Partei beriet. Das „Weissbuch“ endete mit dem Appell, sich bei Fritz Heine, Jakobstrasse 10 in Hannover zu melden, falls man neue Erkenntnisse zu den Verfolgungen beisteuern könnte. Die „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ führte schließlich 1954 insgesamt 84250 Sozialdemokraten auf. Erst viel später, nämlich im Jahr 2000, wurde nach langen Jahren weiterer Spurensuche das „Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“ herausgegeben. 3000 Sozialdemokraten wurden von den Nazis ermordet, 1000 kamen in der DDR ins Gefängnis. Doch davon später mehr.

Es sei kurz erinnert an sechs Sozialdemokraten aus unserer Region, auf die der Ausspruch von Otto Wels aus seiner Rede von 1933 zutrifft: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“

Wilhelm Brandes, 1874 in Bodenbug geboren, Hafenarbeiter. Seit 1894 in der SPD, ab 1921 Mitglied des Preußischen Landtages. 1933 – 1935 KZ Esterwegen. Danach ohne Arbeit und krank. Starb 1944 an den Folgen der KZ-Haft.

Heinrich Jasper, 1875 in Dingelbe zur Welt gekommen, Jurist. Seit 1901 in der SPD. Ab 1903 Stadtverordneter in Braunschweig, seit 1919 Mitglied des Braunschweigischen Landestages, Landtagspräsident und Innenminister. Gleich im März 1933 verhaftet und schwer misshandelt: Zuchthaus, KZ Dachau, KZ Sachsenhausen, KZ Bergen-Belsen. Dort stirbt er am 19. Februar 1945 an Fleckfieber.

Otto Marr, geboren 1901 in Freden, Elektriker. Tritt 1926 in die SPD ein, engagiert sich bei den Jungsozialisten und im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Während der NS-Zeit organisiert er Kontakte unter den Genossen. 1945 gründet er die SPD in Leipzig wieder. 1949 wird er von einem Sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt. Die Strafe wird zu 25 Jahre Zwangsarbeit umgewandelt. Bis 1956 eingesperrt in den Gefängnissen Torgau und Bautzen. 1990 tritt er wieder in die SPD ein. Er stirbt 1997.

Wilhelm Reupke wird 1877 in Langelsheim geboren, Maurer. Seit 1897 gehört er der SPD an. Engagiert sich 1918/19 im Arbeiter- und Soldatenrat. In der Weimarer Zeit ist er Stadtverordneter in Bad Harzburg. Am 9. April 1933 wird er an einem Baum erhängt aufgefunden. Er ist einem politischen Mord der SA zum Opfer gefallen.

Heinrich Siems, geboren 1877 in Jerstedt, Landarbeiter, tritt noch vor 1900 der SPD bei. 1920 bis 1933 Mitglied des Landtages in Braunschweig. Er kandidiert auch für den Reichstag. 1933, 1938 und 1944 verhaftet und schwer misshandelt: KZ Sachsenhausen und KZ Bergen-Belsen. Dort kommt er wenige Wochen vor der Befreiung ums Leben.

Wilhelm Treumann wird 1885 in Hildesheim geboren, tritt 1905 in die SPD ein und ist bereits 1910 Parteivorsitzender in Hildesheim. Nach dem Ersten Weltkrieg ist er Gewerkschaftssekretär und Stadtverordneter in Stendal. Von den Nazis wird er mehrfach

verhaftet und misshandelt. 1945 bewahrt er Stendal vor der Zerstörung durch die US-Truppen, lehnt es aber dann ab als Oberbürgermeister eingesetzt zu werden. 1948 wird er wegen seiner sozialdemokratischen Ansichten über Magdeburg und Halle nach Hohenschönhausen verschleppt. 1949 verurteilt man ihn zu 25 Jahren Haft. Er erkrankt an Tuberkulose und wird deshalb 1956 entlassen. 1957 flüchtet er nach Hildesheim, wo er sich wieder in der SPD engagiert. Er stirbt 1966.

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde auf den Parteiveranstaltungen gemeinsam ein Lied gesungen, das auch heute noch auf Versammlungen der SPD erklingt. Ich möchte es an dieser Stelle zitieren, weil man vielleicht nach meinem Namensgedenken noch besser erahnen kann, was dieses Lied den Genossen immer bedeutete:

„Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,  
Brüder, zum Lichte empor.  
Hell aus dem dunklen Vergangenen  
Leuchtet die Zukunft hervor!

Seht, wie der Zug von Millionen  
Endlos aus Nüchternem quillt.  
Bis euer Sehnsucht Verlangen  
Himmel und Nacht überschwillt.

Brüder, in eins nun die Hände,  
Brüder, das Sterben verlacht:  
Ewig der Sklav'rei ein Ende,  
Heilig die letzte Schlacht!“

### **Die Schumacher Partei**

Bereits vor der Kapitulation fand sich die Partei wieder zusammen. Im April 1945 trafen sich erstmals wieder Sozialdemokraten ungehindert in Hannover. Am 6. Mai konstituierte sich der Ortsverein Hannover. Im Oktober kamen Sozialdemokraten zur „Reichskonferenz“ in Wennigsen zusammen. Die SPD wird zur Partei Schumachers. Das „Büro Schumacher“ hielt in Hannover die Fäden in der Hand. Nach 10 Jahren KZ-Haft war Kurt Schumacher schwer gezeichnet. Seinen berühmten Ausspruch gegen Goebbels im Reichstag kannten noch viele: „Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“. Im Frühjahr 1946 ließen sich Erich Ollenhauer und Fritz Heine aus London kommend in Hannover nieder. Am 9. Mai 1946 wählte der erste Parteitag in Hannover Kurt Schumacher zum Parteivorsitzenden. Ende des Jahres zählte die Partei in den Westzonen und Berlin bereits wieder 700.000 Mitglieder. Damit war der Bestand von 1931 schon übertroffen. Allerdings traten zwischen 1948 und 1954 300.000 von ihnen wieder aus. Die meisten davon waren jünger und erst nach dem Krieg zur SPD gekommen.

1945 bis 1947 kämpften Sozialdemokraten in Verantwortung an vielen Fronten: Wiederaufbau und Versorgung der Bevölkerung, Eingliederung von Flüchtlingen,

Vertriebenen und Soldaten, Enttarnen der NS-Täter, Zonenspaltung, Verhinderung der SED. Die Sozialdemokraten bauten die Demokratie auf. In fast allen Kommunen wurden sie von den Alliierten als Verwalter eingesetzt. Gewerkschaften und SPD organisierten Streiks und Kundgebungen gegen die Demontage der Industrieanlagen.

Die SPD stand für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, die Enteignung der Großkapitalisten und den Aufbau des Sozialismus als Gegenentwurf zum Kapitalismus. Um diesen zu verhindern, beschlossen mehrere deutsche Landesparlamente in ihren Landesverfassungen die Sozialisierung der Wirtschaft. Aber die Besatzungsmächte vereitelten solche Vorhaben.

Die ersten Landtagswahlen 1946/47 endeten für die SPD ernüchternd. Lediglich in der britischen Zone und in West-Berlin konnte sie deutlich gewinnen: 49% SPD gegen 27,4% CDU bzw. 48,9% SPD gegen 22,9% CDU. In der amerikanischen Zone errang die SPD lediglich 36,2% gegen 41,5% CDU. In der französischen Zone fielen die Wahlergebnisse noch einmal unterschiedlicher aus: 28% SPD, 52,4% CDU. Für die Partei wurde die Arbeit im Parlamentarischen Rat deshalb immer wichtiger. Es gelang ihr, viele ihrer unter großen Opfern erkämpften Werte in das Grundgesetz einzubringen. Als dies am 23. Mai 1949 zur Abstimmung stand, votierten KPD, Zentrum und CSU dagegen. Bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 siegte die CDU knapp vor der SPD. Das war enttäuschend. Im ersten Bundestag waren 17% der SPD-Abgeordneten Exilanten. Wie viele aus den Zuchthäusern und KZs kamen, habe ich jetzt nicht überprüft.

Kurt Schumacher war ein klarer Antifaschist und glühender Antikommunist. Bereits in der Weimarer Zeit war die KPD für ihn ein Statthalter Moskaus und Verräter der deutschen Arbeiterbewegung. Sie verteidigten nicht die Demokratie, sondern halfen den Nazis bei deren Aufstieg. Von 1930 stammte Schumachers Charakterisierung der Kommunisten als „rotlackierten Nazis“.

Otto Grotewohl, der Vorsitzende der SPD im sowjetisch besetzten Teil Berlins, hielt noch im November 1945 eine mutige Rede gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD, aber am 22. April 1946 kam es zur Gründung der SED. Vorher und erst recht danach wurden hunderte Sozialdemokraten verhaftet und zu teils jahrzehntelangen Strafen in Arbeitslagern und Zuchthäusern verurteilt. Viele fanden sich in demselben KZ wieder, in dem sie bereits von den Nazis eingesperrt gewesen waren. Die SPD war die stärkste Partei in der SBZ, also musste sie verschwinden, wenn die Kommunisten etwas zu sagen haben wollten. Im Westteil Berlins stimmten 82% der Sozialdemokraten gegen die Fusion. Die Zahlen aus dem Ostteil sind nicht bekannt gegeben worden, dürften aber ebenfalls die Mehrheit ausgemacht haben. Noch 1961, im Jahr des Mauerbaus, gab es 5000 Ostberliner in der illegalen SPD. Sie wurden von dem „Ostbüro“ der SPD in Hannover betreut. Denn die SPD hielt immer an der Idee der Wiedervereinigung und an dem einen Deutschland fest. Anders als Adenauer und die CDU.

Es begann die dritte Verbotszeit der SPD – diesmal zwar nur im Osten Deutschlands, dafür aber über 40 Jahre, also mehr als dreimal so lang als zu Bismarcks und zu Hitlers Zeiten. Die Sozialdemokraten im Bürgermeisteramt, in Polizei, Schule, Universität und Presse wurden ins Zuchthaus gebracht. Der SPD-Parteivorstand beantragte in den Jahren 1998 und 1999 die Rehabilitierung von 500 bereits verstorbenen Genossen. Erst am Ende der

90er Jahre wurden die Berichte über die verfolgten Sozialdemokraten in der DDR öffentlich zugänglich gemacht. „Sozialdemokratismus“ lautete der Vorwurf, den die SED den Kritikern in ihren eigenen Reihen machte. In den 50er Jahren flohen viele Sozialdemokraten in die Bundesrepublik. Die Gebliebenen gründeten 1989 die SPD in der DDR mit.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass es in dem SPD-Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der SBZ/DDR zu heftigen Auseinandersetzungen um die Ostpolitik Willy Brandts kam. Einige befürchteten, dass die Politik vom „Wandel durch Annäherung“ die Aufgabe der Gegnerschaft zur SED und die Preisgabe der Wiedervereinigung bedeuten werde. Es kam zu Parteiaustritten.

Heute gibt es wieder einmal Stimmen, die in diffamierender Weise Brandts Ostpolitik zur Quelle des neuen russischen Imperialismus erklären. „Wandel durch Annäherung“ bedeutete jedoch zu keiner Zeit – weder heute noch fünfzig Jahre zuvor – Demokratie und Rechtsstaat aufzugeben und sich der Diktatur anzupassen.

### **Jenseits des Kapitalismus**

In den Jahren 1949 bis 1966 befand sich die SPD auf Bundesebene in der Opposition. Aus der CDU kamen mit Adenauer, Erhard und Kiesinger die Kanzler. In ihren 160 Jahren hat die SPD insgesamt nur gut 25 Jahre lang den Regierungschef gestellt – Olaf Scholz noch nicht eingerechnet. Über 60 Jahre war die Partei in Deutschland oder in Teilen Deutschlands verboten. Es gibt einen Mythos, der noch heute am linken Flügel der SPD grassiert, nämlich dass es der Partei gut tut, wenn sie in der Opposition ist. Nur dort könne sie sich programmatisch erneuern. Das ist Unsinn! Die SPD will regieren, um ihre guten Ideen in Politik umzusetzen.

Zwar befand sich die SPD in der Opposition, aber in vielen Bundesländern und in fast allen Großstädten regierten Sozialdemokraten. Sie schulterten die Arbeit des Wiederaufbaus. Die öffentliche Infrastruktur wurde erneuert, ganze Stadtteile entstanden neu. 1952 starb Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer wurde sein Nachfolger. Die SPD kämpfte gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Westbindung, weil sie an der Wiedervereinigung als Nahziel festhielt. 1956/57 ging sie unter der Parole „Kampf dem Atomtod“ gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf die Straße. Aber in der Stimmung des kalten Krieges erreichte sie damit nicht die Wählerschaft. 1957 erzielte die CDU die absolute Mehrheit. Die innerparteiliche Diskussion darüber, wie die Partei aus dem 30%-Turm heraus und an die Regierung kommen könne, erreichte jetzt auch den letzten Ortsverein. Diese Diskussion hatte allerdings unter den entscheidenden Personen und in den entscheidenden Gremien bereits Jahre zuvor begonnen. Man müsse sich öffnen für die neuen Zeitfragen und den Wählern erklären, wofür die SPD stehe. So lauteten die Forderungen der Mitglieder. Und das alles ohne eine modernistische Anpassung und ohne den geschichtlichen Auftrag der Partei zu vergessen.



Nach langen Beratungen auf allen Ebenen der Partei und nach vielen Konsultationen mit Vertretern anderer gesellschaftlicher Gruppen, beschloss die SPD 1959 ihr berühmtes „Godesberger Programm“. Darin versteht sie sich nicht mehr als eine marxistische Klassenkampfpartei – die sie übrigens damals schon seit Jahrzehnten nicht mehr war –, sondern öffnet sich für alle Menschen guten Willens. Die SPD versteht sich nicht mehr ausschließlich als Arbeiterpartei, sondern als die linke Volkspartei. Wobei „links“ heißt, Veränderung zum Besseren für alle zu wollen. Das Godesberger Programm enthält keine marxistische Grundlegung der Programmatik mehr, sondern baut auf Grundwerten auf, die sich aus verschiedenen weltanschaulichen Positionen herleiten lassen und die Politik der SPD bestimmen sollen. Die SPD anerkennt die verschiedenen weltanschaulichen Wurzeln ihrer Mitglieder und öffnet sich neuen Gruppen. Sozialdemokrat ist man - so steht es im Godesberger Programm -, wenn man die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in ihrer Aufeinanderbezogenheit anerkennt und wenn man das Ziel, den demokratischen Sozialismus als „dauernde Aufgabe“ sieht, um „Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren“.

Diese Auffassung von Partei und Politik war in Deutschland völlig neuartig. Eine Wertegemeinschaft und keine Weltanschauungspartei, die eine progressive Reformpolitik mit einem klaren Ziel und ohne Klassenkampfrhetorik vertritt, wollte die SPD sein. Man muss sich heute gelegentlich neu vor Augen führen, dass die Genossen, die das Godesberger Programm wesentlich gestaltet haben, unter den Nazis in KZs und Zuchthäusern saßen oder sich ins Exil retten mussten: Willi Eichler, Fritz Erler, Adolf Arndt, Waldemar von Knoeringen, Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Willy Brandt, Carlo Schmid. Alle waren sie großartige Politiker und vorbildliche Sozialdemokraten.

Über gut 100 Jahre hinweg bis weit in die 70er Jahre hinein waren die Parteien in Deutschland Honoratiorenvereinigungen und Wahlvereine. Nicht so die SPD. Sie war schon immer eine lebendige Mitgliederpartei. Darin liegt ihre Stärke. Die SPD ist der parlamentarische Arm und das Steuerhaus der Sozialdemokratie: Gewerkschaften, Vereine, Genossenschaften, Zeitungen, Bildungshäuser gehörten dazu. Aber dieses Milieu begann sich in den 60er Jahren aufzulösen. Die Gesellschaft wurde offener, die Arbeits- und Lebenswelt differenzierter. Viele Ideen der Sozialdemokratie sind mittlerweile Gemeingut. Daran soll mit Stolz und nicht entschuldigend erinnert werden.

Die Gewerkschaft und die SPD besitzen noch immer viele Überschneidungen. So ziemlich jedes Parteimitglied dürfte auch einer Gewerkschaft angehören. Und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD richtet sich noch immer an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung aus. Aber, da soll man sich nichts vormachen, auch in der SPD bestimmt immer weniger die Tradition. Es interessieren eher die Themen, die auf der Tagesordnung stehen.

### **Mehr Demokratie wagen**

Die Jahre 1969 bis 1982 gehörten der SPD und ihren Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt. Die 70er Jahre nennt man heute oft das „sozialdemokratische Jahrzehnt“. Was

waren das für Jahre des Aufbruchs und der Neuerungen, aber auch der Krisen und Katastrophen? 1972 gewann die SPD mit nie erreichten 45,8% die Bundestagswahl.

Bevor Willy Brandt 1969 der erste sozialdemokratische Bundeskanzler wurde, hatte er bereits die 60er Jahre als Kandidat der SPD mit zwei verlorenen Bundestagswahlen und einer Flut von Verleumdungen und Anfeindungen hinter sich. Er wurde durch Diffamierungen von der CDU/CSU geradezu verfolgt. Brandt müsse doch etwas zu verbergen haben, wenn er ursprünglich Herbert Frahm hieß, konnte man da lesen. 1961 äußerte der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß: „Eines wird man aber doch Herrn Brandt fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre lang draußen gemacht?“ Das war typisch für die Mitläufer und Täter, dass sie die Exilanten als Feiglinge und als Profiteure darzustellen versuchten, um sich dadurch selbst rein zu waschen von ihrem Mittun oder Wegschauen. Sie setzen dann auch noch das Gerücht in die Welt, Willy Brandt habe 1946 auf Norwegisch ein Buch veröffentlicht, in dem er die Kollektivschuld der Deutschen verbreite. Das Buch gibt es, allerdings mit der gegenteiligen Aussage: Brandt verteidigt die Deutschen gegen das damals auch in Norwegen grassierende politische Vorurteil vom grundsätzlichen Nazitum aller Deutschen.

1966 trat die SPD in eine Große Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger ein. Dem Land ging es sehr schlecht: Hohe Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Bildungsnotstand, rückwärtsgewandte Politik, Aufkommen der NPD. Die SPD erklärte sich bereit, den Karren aus den Dreck zu ziehen – wieder einmal. So bewies sie ihre Regierungsfähigkeit.

Viele neue Bündnispartner hatte die SPD, hatte vor allem Willy Brandt gewonnen: Künstler und Intellektuelle fanden sich zusammen zur Unterstützung, Studenten, Beamte und Frauen traten in die SPD ein, engagierte Theologen riefen zur Wahl der SPD auf. In den 70er Jahren erreichte die Mitgliederzahl der SPD mit über 1 Millionen ihren bisher höchsten Stand.

Zwischen 1965 und 1975 gab es in Deutschland wie in allen hochentwickelten Demokratien auf der Welt immense Umbrüche. Die Vorstellungen von Kultur und Politik, von Moral und Leben änderten sich und brachen die Milieus mit ihren überlieferten Verhaltensmustern auf. In der Bundesrepublik wurden gesellschaftliche Reformen gefordert, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit angemahnt, Mitsprache verlangt, gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und die NPD demonstriert.

Es lassen sich drei Quellen für diese Entwicklung ausmachen: Die neue internationale Popkultur forderte Freiheit und Selbstbestimmung. Der einsetzende Zusammenbruch der Stahl- und Kohleindustrie in Europa und Nordamerika führte zu tiefgreifenden sozialen Verwerfungen. Und das paternalistische Regieren der Adenauer-CDU wurde immer deutlicher als Restauration, also als Wiederherstellung der alten Vorkriegsverhältnisse, empfunden.

1969 wird zum erfolgreichsten Jahr der SPD: Willy Brandt wurde Bundeskanzler. Der letzte sozialdemokratische Regierungschef war 1930 Hermann Müller gewesen. Gustav Heinemann wurde zum Bundespräsidenten gewählt und trat damit in die Fußstapfen von Friedrich Ebert, der 1925 als letzter Sozialdemokrat Staatsoberhaupt gewesen war. „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ - unter diesem Motto aus seiner Regierungserklärung standen die Regierungsjahre Willy Brandts. Tatsächlich war das, was er auf den Weg

brachte, auch aus heutiger Sicht noch die bedeutendste sozialdemokratische Modernisierung seit 1918. Nach innen: Mitbestimmung, Gleichberechtigung der Frau, Städtebauförderung, Umweltschutz, Bodenrecht, Bildungspolitik. Nach außen: Neue Entwicklungspolitik, Verträge mit Warschau und Moskau zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Grundlagenvertrag mit der DDR. Brandts Besuch in Erfurt sowie sein Kniefall in Warschau lieferten moderne Ikonen der Politik.

1971 wurde Brandt mit dem Friedensnobelpreis geehrt. 1972 liefen hunderttausende Unterstützer von Willy Brandt mit dem orangefarbenen Button „Willy wählen“ an ihrer Kleidung herum. Damit zog auch ein neuer Wahlkampfstil in die Bundesrepublik ein. Das alles wurde begleitet von zwei ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen. Die Gegner von Brandts Politik, der Aussöhnung mit den Nachbarn und der Reform der Gesellschaft sammelten sich im rechten politischen Lager. Sie agitierten gegen den vermeintlichen Ausverkauf Deutschlands an Moskau und gegen den unterstellten Austritt aus der alteuropäischen Wertegemeinschaft. Brandt werde von ausländischen Mächten gesteuert, vertrete nicht die deutschen Interessen und handele somit gegen das Grundgesetz, lautete ihr politisches Mantra. Auf der anderen Seite – auf der politischen Linken – fand die Reformpolitik der Regierung Brandts unterschiedliche Aufnahme. Der neu entstandene, bunte Bewegungskommunismus aus Anarchisten, Maoisten, Trotzisten, Stalinisten und neomarxistischen Gruppierungen war schon deshalb gegen Brandt, weil er sozialdemokratische Reformen und keine Revolution anstrebte. Dagegen engagierte sich ein Großteil der linken akademischen Jugend bei den Jungsozialisten in der SPD. Sie wurden zu einer treibenden Kraft in der SPD, stellten die Verbindung her zwischen der Partei und den neuen sozialen Bewegungen und führten die Auseinandersetzungen mit den neomarxistischen Gruppen. Über die gesamten 70er Jahre hinweg erlebte die Partei erfrischende Theoriediskussionen wie seit den 20er Jahren nicht mehr.

Als 1974 Helmut Schmidt die Regierungsgeschäfte übernahm, änderte sich der politische Stil in der Partei wie auch in der Bundesrepublik. Die neue Regierung hatte die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, der Ölkrise, den Zusammenbruch der Textilindustrie, das Werftensterben und die Krise der Montanindustrie zu bewältigen. Aber in der Bundesrepublik bewährte sich das Netz der sozialen Sicherheit und der Sozialpartnerschaft.

Der Sozialdemokrat Erhard Eppler prägte den Begriff der „Lebensqualität“ und brachte damit die Ökologie in die Politik ein. Der Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel modernisierte als Justizminister das Familien- und Eherecht und brachte die Reform des § 218 auf dem Weg. Vorhaben, die seit 60 Jahren auf der Liste sozialdemokratischer Reformankündigungen ganz oben standen. Aber auch andere, anscheinend nebensächliche und uns heute als selbstverständlich erscheinende Reformen wurden jetzt umgesetzt: Kostenlose Gesundheitsvorsorge, Weiterbildung im Beruf, Neuplanung von Verkehrswegen, Wohngebieten und Fußgängerzonen.

1975 wurde der „Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 - 1985“ auf dem Parteitag in München beschlossen. Das war kein Parteiprogramm, sondern sollte ein Handlungsrahmen sein. Zu diesem in der Geschichte der SPD einmaligen Projekt ließe sich sehr viel ausführen. Folgendes mag hier genügen: In ihrem Orientierungsrahmen '85

dachte die SPD über ihr Staatsverständnis sowie über eine staatliche Reformpolitik mit demokratisch-sozialistischen Zielvorstellungen nach. Dieses Vorhaben basierte auf der geschichtlichen Erfahrung der SPD, dass die Behörden und Institutionen des Staates Reformprojekte häufig abgeblockt hatten. Und es speiste sich aus den Auseinandersetzungen mit der außerparlamentarischen Neuen Linken und aus den Diskussionen, die die Jusos in die SPD einbrachten zu „systemüberwindenden Reformen“ und zu der „Doppelstrategie“ zugleich in einer Bewegung und in der Partei für eine Sache engagiert zu sein.

1975 war auch das Jahr, in dem die „Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Helsinki unterschrieben wurde. Die Bemühungen der Politik von Willy Brandt und Helmut Schmidt um Aussöhnung durch Entschärfung des Kalten Krieges und um die Geltung der Menschenrechte überall in Europa wurden zwar von den Konservativen in der deutschen Politik als Ausverkauf Deutschlands bekämpft, aber die demokratische Opposition in den Warschauer Pakt Staaten verfügten jetzt über eine anerkannte Grundlage, die sie gegen ihre Regierungen und deren Maßnahmen zur Einschränkung der freien Meinung ins Feld führen konnten. 1976 kandidierte die SPD im Bundestagswahlkampf mit dem Motto „Den Frieden wählen“, während die CDU überall plakatierte „Freiheit oder Sozialismus“. Helmut Schmidt gewann die Wahl und konnte weiter regieren.

### **Themen statt Tradition**

1979 kam es zum „Nato-Doppelbeschluss“. Als Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen sollten in der Bundesrepublik Pershing-II-Raketen stationiert und zugleich Verhandlungen über Abrüstung angeboten werden. Helmut Schmidt verteidigte diesen Beschluss und wurde dafür von der neu entstandenen Friedensbewegung heftig attackiert. Und mit ihm die SPD. Dabei muss man festhalten, dass zwischen 1978 und 1982 stellvertretend für die ganze Gesellschaft die SPD die Fragen von Auf- und Abrüstung diskutierte. In diesen Auseinandersetzungen stellte es sich so dar, als stünde der moderne Flügel von Erhard Eppler und Willy Brandt gegen die Unterstützer aus dem traditionellen Flügel um Helmut Schmidt. Das wurden Jahre der großen Zerreißprobe. In der SPD gab es mehr Friedensbewegte als in allen anderen Parteien zusammen. Aber sie verlor insbesondere bei jüngeren Menschen an Rückhalt, obwohl Willy Brandt überall und immerzu betonte: Mit ihrer gesamten Geschichte steht die SPD für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit und nicht für Krieg und Unterdrückung.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre und der ersten Hälfte der 80er Jahre stellten der Terrorismus und die Wirtschaftskrise die Bundesrepublik vor große Probleme. Aber der Wirtschafts- und Sicherheitsexperte Helmut Schmidt bewältigte sie souverän und hochgeachtet. Die Neuen Sozialen Bewegungen – Umwelt-, Anti-Atom-, Friedens-, Dritte Welt- und Frauenbewegung - forderten die SPD heraus. All diese neuen Themen verlangten nach Antworten bei gleichzeitig schwindender Tradition der Arbeiterbewegung. Dass diese Themen schon immer ihren Platz in der SPD hatten und tatsächlich nicht erst

von den modernen Alternativen entdeckt wurden, soll gleich noch im Überblick dargestellt werden.

1982 bis 1998 stellte die CDU mit Helmut Kohl den Bundeskanzler. Kohl forderte die „geistig-moralische Wende“. Darunter litten vor allem die Arbeitnehmer: Hohe Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer Absicherung, Einschnitte in Mitbestimmungsrechte. Die SPD unterstützte die Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Bei der Bundestagswahl 1983 konnte Hans-Jochen Vogel nicht gewinnen, weil die Grünen der SPD vor allem bei den Jungwählern viele Stimmen abnahmen. In den 80er Jahren diskutierte die Partei auf allen Ebenen über die Fragen, die ihre Identität ausmachen: Wie lassen sich Industriearbeit und Umweltschutz, Abrüstung und Sicherheit, Emanzipation und kulturelle Eigenart verbinden und schützen?

1989 war das Jahr des Mauerfalls, aber auch das Jahr, in dem die Partei sich in Berlin ein neues Programm gab. Lange und intensive Diskussionen waren dem Programm vorausgegangen über den gerade stattfindenden Kulturwandel, die gesellschaftlichen Veränderungen und die Integration neuer politischer Handlungsfelder in Ökologie, Frieden, Gleichberechtigung. Diese mussten abgeglichen werden mit der sozialen Sicherung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen, mit der Förderung junger Menschen und der Integration der Eingewanderten, mit europäischen Verpflichtungen und föderativen Ausgleichen. Das alles ist in dem Berliner Programm in beeindruckender Weise gelungen. Erhard Eppler kann als der spiritus rector gelten. Bloß: Das Programm nahm kaum jemand zur Kenntnis. Die öffentlichen Interessen waren anders verteilt. Also stellte sich die SPD den Herausforderungen zur Gestaltung der deutschen Einheit und gab unter dieser Zielvorgabe gleich ein neues Programm in Auftrag. Im Jahre 2007 wurde das Hamburger Programm beschlossen, das bis heute seine Gültigkeit hat.

Willy Brandt hatte in seiner Regierungszeit von nur 5 Jahren Recht und Gerechtigkeit nachhaltig gefördert sowie die Reputation Deutschlands nach außen deutlich erhöht. Helmut Schmidt konnte da ansetzen und für unser Land wirtschaftlich und politisch Sicherheit und Stabilität erringen. Über die 8 Jahre seiner Regierung war er der von den meisten Menschen geachtete Regierungschef. Gerhard Schröder war dann von 1998 bis 2005 Bundeskanzler. In diesen 7 Regierungsjahren setzte er den heftig umstrittenen, auch die SPD beinahe spaltenden, aber mutigen Schritt der „Agenda 2010“ durch. Damit sicherte er unser Sozialsystem und konnte die Arbeitslosigkeit und den wirtschaftlichen Niedergang überwinden. Die SPD war nie eine pazifistische Partei, aber einen Angriffskrieg vorzubereiten oder durchzuführen war für sie immer undenkbar. Gerhard Schröder schickte 1999 die Bundeswehr in den Kosovo, um sie zwischen den mordenden Gruppen zu positionieren und die Gewalt zu beenden. 2002 weigerte er sich, die Bundeswehr mit den Verbündeten in den Irak-Krieg zu senden. Die Position der SPD war damals genau so klar wie heute: Angreifer und Mörder dürfen sich nicht durchsetzen. Da ziehen Olaf Scholz und Gerhard Schröder an einem Strang. In der SPD gibt es ungebrochene Traditionen.

Heute zählen in der Politik weniger Traditionen als Themen, sagen die Parteisoziologen. Damit möchten einige die SPD, die große deutsche Traditionspartei, als überholt abstempeln und Themenparteien wie die Grünen und die FDP als allein zukunftssträftig darstellen. Hier soll kurz dargelegt werden, dass sich die SPD bereits mit den vermutlich modernen Themen beschäftigte, als die heute zu Erneuerern Stilisierten noch völlig ahnungslos waren.

Beginnen wir mit der Ökologie. Für die SPD war es nicht leicht, die ökologischen Umbauten von Wirtschaft und Gesellschaft zu denken, weil der lineare technische Fortschritt und die industrielle Modernisierung zu ihrem Kernbestand gehörten. In dem Berliner Programm von 1989, dem unbeachteten, hatte Erhard Eppler ein Modell der grundlegenden Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft entworfen. Überhaupt ist Erhard Eppler in erster Linie zu nennen, wenn man in Deutschland über die Fundamente einer Politik der Ökologie und in der SPD über die Versöhnung von Industriearbeit, sozialer Sicherheit und Umweltschutz sprechen will. Obwohl in der SPD bereits im 19. Jahrhundert die „Naturfreunde“ ein wichtiger und lebendiger Teil waren und Willy Brandt bereits 1961 seinen Wahlkampf unter dem Motto „Blauer Himmel über der Ruhr“ geführt hatte. Die einzige Gegenstimme im Bundestag bei der Abstimmung zur Einführung der Atomenergie gab der Sozialdemokrat Karl Bechert ab. Er war Professor für Physik. Seit 1970 engagierte sich Erhard Eppler in vielen Publikationen, Ansprachen und Initiativen für ein ökologisches Umdenken und entwickelte das erste Konzept zur Energiewende. Zur Bundestagswahl 1972 stellte die SPD in ihrem Wahlprogramm die Idee der „Lebensqualität“ in den Mittelpunkt und nicht den Lebensstandard, das Wirtschaftswachstum oder die Leistungsgesellschaft. Von allen anderen Parteien wurde die SPD dafür verspottet, aber wir wissen ja bereits, dass dieser neue Ansatz mit zu dem größten Wahlerfolg der SPD in ihrer Geschichte beitrug. 1972 fand auch der IG-Metall-Kongress zum Thema Lebensqualität statt. 1975 beriet die SPD auf ihrem Parteitag über die Risiken der Atomenergie. Es folgten mehrere Parteikongresse zur Energiewende. Volker Hauff, Minister unter Helmut Schmidt, entwickelte die Idee der Nachhaltigkeit, Klaus-Michael Meyer-Abich und Johanno Strasser, der langjährige stellvertretende Vorsitzende des Jusos, wurden zu Vordenkern des Atomausstiegs, Jo Leinen, den späteren Europapolitiker, kann man als Pionier der Anti-Atombewegung bezeichnen. Ernst-Ulrich von Weizsäcker trieb die ökologische Finanzreform voran, Hermann Scheer, der vielfach ausgezeichnete Bundestagsabgeordnete, wurde zum Wegbereiter des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Man kann unter den Bundestagsabgeordneten noch ganz besonders hervorheben Michael Müller und Ulrike Mehl, die stellvertretende Vorsitzende des BUND. Monika Griefahn, die Sprecherin von Greenpeace, wurde in Niedersachsen bei Gerhard Schröder Ministerin.

Nicht alle personellen Ressourcen und politischen Chancen hat die SPD für sich nutzen können. Oft wurde sie zur Wegbereiterin der Grünen. So etwa in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, wo die SPD-Landesverbände die Politik des Klimaschutzes bereits in den 70er Jahren in die Landesparlamente brachten. Die Grünen entstanden auch aus einer kulturellen Fremdheit zur SPD. Man nutzte die Wege, die die Sozialdemokraten bereitet hatten, mochte sich aber selbst nicht in einer Partei oder in staatlichen Kontexten

engagieren, sondern eine „Bewegung“ bleiben. Man sollte nicht unterschätzen, dass diese Einstellung in die erste Generation der Grünen hineingetragen wurde von - auch heute noch bekannten und politisch aktiven - Trotzkiten und Maoisten, die die Sozialdemokratie prinzipiell ablehnten und bekämpften. Der SPD gelang es jedoch, ihre Wähler und damit auch den größten Teil der traditionellen Arbeitnehmer mit den Anforderungen der Ökologie zu versöhnen. Heute ist der größte Gegner in dieser Hinsicht der politische Liberalismus mit seiner Staatsdistanz und seiner Marktfreundlichkeit. Den Staat zurückfahren und alles dem Markt überlassen in Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wohnen und Mobilität sowie die Steuern senken: das ist auch heute noch die alte liberale Leier, die aber immer lauter gespielt wird. Den Staat zurück fahren, bedeutet dann aber auch den öffentlichen Schutz zurück fahren. Und was wird aus der kommunalen Selbstverwaltung, wenn alles - Wasser, Strom, Gas, Wohnen, Straßen und Gesundheit - in privater Hand ist? Den Klimaschutz kann nicht der Markt regeln, auch eine „Bewegung“ kann das nicht. Es ist eine politische Aufgabe des Staates.

Die SPD ist die größte und verlässlichste Friedensbewegung. Man kann das gerade jetzt wieder beobachten, wo die erklärtermaßen pazifistischen Menschenrechtler aus dem liberalen Kulturlager rund um die Grünen zur Waffengewalt aufrufen. Über ihre gesamte Geschichte hinweg hat die SPD um ihre Position zwischen Pazifismus und bewaffneter Sicherheitspolitik gerungen. Vor 1914 war sie der Meinung, dass Kriege zum Wesen des Kapitalismus und seines Imperialismus zu rechnen sind. Sie hören erst dann auf, wenn der Kapitalismus überwunden sein wird. Im Ersten Weltkrieg jedoch setzte sich die SPD ebenso wenig wie die sozialdemokratischen Parteien in den anderen kriegführenden Staaten ein für eine mögliche Friedensinitiative der Sozialistischen Internationale. Alle waren sie der Meinung, einen Krieg zur Verteidigung ihres eigenen Landes zu führen. Die pazifistische Gesinnung „Nie wieder Krieg“ war in der SPD nach 1945 noch stärker als nach 1918 zu vernehmen. Man strebte die Wiedervereinigung in einem neutralen Deutschland innerhalb eines vereinten Europas an. Im Grundgesetz verankerte die SPD das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Selbstverpflichtung „vom deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“. Und das zu einer Zeit, als es noch keine Bundeswehr gab. 1952 lehnte die SPD die Einführung der Bundeswehr ab, weil sie dadurch die Wiedervereinigung gefährdet sah. Die Bundeswehr und damit das Recht auf Landesverteidigung wurde von der Partei nicht prinzipiell abgelehnt, denn sie ist ja keine pazifistische Partei. Die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Helmut Schmidt, Georg Leber, Hans Apel, Peter Struck und Boris Pistorius gehören zu den großen Vorbildern in ihrem Amt. 1958 rief die SPD auf gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen und für Abrüstung und die Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen. Damit bahnte sie der Friedensbewegung in den 80er Jahren den Weg. Dazu gehörte auch der Nato-Doppelbeschluss: Der Ansatz war, einen zwischenstaatlich verlässlichen Weg zu finden zur atomaren Abrüstung.

Internationale Gerechtigkeit, Eine-Welt-Politik, Hilfe zur Entwicklung: Bereits vor dem Ersten Weltkrieg prangerte die SPD den Kolonialismus als Politik der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung an. Damit war sie die einzige Kraft, die für internationale Gerechtigkeit eintrat. In den 70er Jahren entwickelte die SPD ein neues Verständnis von

Entwicklungshilfe. Diese sollte nicht mehr eine Spende aus Wohltätigkeit und schon gar nicht mehr eine Investition in die eigene Wirtschaftskraft sein, sondern Entwicklungshilfe muss die Grundbedürfnisse der Menschen sichern und ihnen auf dieser Grundlage Freiheit und Gerechtigkeit ermöglichen. Erhard Eppler und Willy Brandt hatten diese Eine-Welt-Politik entwickelt, lange bevor auch andere Akteure wach geworden waren. Die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung aus den Ländern der Dritten Welt wurden von der SPD von Anfang an aktiv unterstützt.

Gleichberechtigung der Frauen, Frauenbewegung, Emanzipation: „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel erzielte zwischen 1879 und 1910 fünfzig Auflagen und wurde damit zur meistgelesenen sozialdemokratischen Schrift überhaupt. Im Kaiserreich war die SPD die einzige Partei, die die volle Gleichberechtigung der Frauen forderte. Bis 1908 durften Frauen nicht Mitglied einer Partei sein, sonst wäre diese verboten worden. 1914 war die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland mit 175.000 Mitgliedern die bei weitem größte politische Frauenorganisation der Welt. Ihr Bestand wuchs bis 1931 auf 230.000. Das waren gut ein Viertel der SPD-Mitglieder. Auf Initiative der SPD wurde das Frauenwahlrecht in die Weimarer Verfassung aufgenommen. 1952 forderte das Aktionsprogramm der Partei die Gleichberechtigung der Frauen im Beruf und in den bürgerlichen Rechten. Zugleich verlangte die Partei, die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit zu bewerten – was für die Kranken- und Rentenversicherung der Frauen wichtig ist – und sie verlangte, dass eine Mutter schulpflichtiger Kinder nicht gezwungen sein dürfe, aus wirtschaftlicher Not einer Berufsarbeit nachzugehen. Sie müsse durch öffentliche Unterstützung abgesichert werden. Diese Forderungen klingen bis auf den heutigen Tag revolutionär und sind wohl deshalb noch nicht voll realisiert worden. Seit 1971 gibt es die ASF, die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“. Tatsächlich - das muss hier leider kritisch angemerkt werden - wartet die faktische Parität zwischen Männern und Frauen in der Verteilung der Ämter und Positionen in der Partei noch auf ihre angemessene Realisierung.

Die SPD war und bleibt die „Schutzmacht der kleinen Leute“ wie es Willy Brandt einmal formuliert hat. Für diese „kleinen Leute“ steht Gerechtigkeit ganz oben auf ihrer politischen Wunschliste. Und in der Verwirklichung von Gerechtigkeit sehen viele Menschen und auch die SPD die größten Lücken in unserer Gesellschaft.

Liberale meinen, die Chancengerechtigkeit reiche aus. Die SPD aber fordert mehr Verteilungsgerechtigkeit entsprechend der Idee einer sozialgerechten Marktwirtschaft. Mehr Chancengerechtigkeit durch mehr Verteilungsgerechtigkeit. Alles andere sichert nur die bestehenden Privilegien ab. Die SPD muss die drohende Spaltung der Gesellschaft verhindern, sozialen Ausgleich schaffen durch Steuern und Sozialabgaben und darf die Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen. Die Bereiche Sicherheit, Kultur, Bildung, Gesundheit und Wohnen verlangen nach einem vorsorgenden und nachhaltig handelnden Sozialstaat.

In der CDU dominieren die marktradikalen Unternehmerverbände. Von der FDP werden jene Marktradikalen angesprochen, für die die CDU nicht weit genug geht.

Die Linke kennt nur das „Nein zum Imperialismus“ und hat die Zwänge einer hochmodernen Gesellschaft in der Globalisierung noch nicht verstanden.



Und die Grünen möchten alles in genossenschaftlichen Zusammenschlüssen auf freiwilliger Basis regeln. Das ist aber lediglich eine zeitgenössisch angepasste Variante des Marktradikalismus.

Die SPD ist und bleibt die „Schutzmacht der kleinen Leute“. Deshalb reicht es für Sozialdemokraten nicht, dass man sich neuer Themen oder neuer Lösungen für bestehende Themen annimmt, sondern dass man sich immer wieder seiner eigenen Tradition und der in ihr enthaltenen Lösungen vergewissern sollte. Wer nur Themen vertritt, verliert Übersicht und Orientierung.

### **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**

Wir leben in einer Zeit, in der wir den Abbruch von Traditionen beobachten können. Zumindest lösen sich die traditionellen Lebens- und Arbeitswelten und die damit verbundenen Wertvorstellungen auf. Man soll sich aber nicht verführen lassen durch das Gerede von der Tradition als dem Gestrigen, dem Überholten, dem Nicht-mehr-Zeitgemäßen. Wer die Überzeugungen der Herkunft nicht pflegt, wem also Tradition nichts mehr bedeutet, der kennt nur noch Mode und Markt, der will letztlich nur noch konsumieren. Und damit wird er manipulierbar und ausbeutbar.

Wir fordern hier nicht einen rückwärtsgewandten Traditionalismus, also den Blick nach Gestern in eine erdachte heile Welt, sondern wir reden von Werten und Überzeugungen, die uns vorgegeben sind für die Gestaltung eines freien, gerechten und solidarischen Leben heute und in Zukunft. Dafür haben Sozialdemokraten mit ihrem Leben eingestanden. In diesem Sinne: Welche Grundlagen nehmen wir aus 160 Jahren Sozialdemokratie mit für die politische Gestaltung von Gegenwart und Zukunft?

Franz Müntefering hat einmal sehr treffend formuliert: „Die Sozialdemokratie ist eine Überzeugungsgemeinschaft, die sich nicht mit den herrschenden Zuständen abfinden, sondern etwas verändern will. Damit sich die Menschen auf Augenhöhe begegnen können, damit sie Bescheid wissen, sich nicht unterbuttern lassen müssen, damit es ihnen gut geht. Dafür muss man ständig arbeiten; nichts von dem, was wir erstritten haben, ist sicher. Die Fundamentalisten links und rechts, die vom Paradies auf Erden oder dem neuen Menschen schwärmen - alles Unsinn. Unser Wohlstand, den sozialen Fortschritt müssen wir immer wieder erkämpfen. Sozialdemokratie heißt nicht immer nur Schlagsahne oben drauf. Manchmal geht es auch simpel um trockenes Brot.“

Die SPD bewahrt in ihrer eigenen Geschichte eine Erinnerung auf, die wach hält. Eine Erinnerung an Unterdrückung und Verfolgung, aber auch an Widerstand und Erfolge. Eine Erinnerung an Macht und Ohnmacht, an Oben und Unten, an Haben und Zuschauenmüssen. Die SPD war oft machtlos, manchmal auch zaghaft und kleingeistig, aber sie war nie auf der Seite der Ausbeuter, Unterdrücker und Zerstörer oder der Gleichgültigen, Wegschauer und Dummschwätzer. Wie kann man heute noch vermitteln, dass die Sozialdemokratie eine Gegenkultur ist mit geschichtlichen Bezügen, solidarischer Gegenwart und zukünftigem Auftrag?

Die SPD muss eine Volkspartei bleiben. Damit ist gemeint, alle Genossinnen und Genossen müssen in das Zentrum ihres Denkens und Handels die Menschen stellen, die fleißig arbeiten, aber nicht an der Spitze der Profiteure des Systems stehen und ihnen Wege eröffnen zur Mitgestaltung und Teilhabe. Wie lässt sich die moderne Mittelschicht, die ein sozialdemokratisches Milieu nicht mehr kennt, für diese Reformpolitik begeistern?

SPD-Politik bedeutet nicht die Lösung von Sachproblemen mit Hilfe von Experten, sondern sie bietet Möglichkeiten zur Schaffung von Identitäten der Betroffenen. Bereits der Einsatz für Lohnerhöhungen, Arbeitszeit- und Arbeitsschutz, für gute Wohnverhältnisse, für Schutz und Bildung der Kinder, für Betreuung der Alten und Schwachen hat etwas zu tun mit Würde, Anerkennung, Stolz, Solidarität, Überzeugung und Kampfgeist. Es geht nicht um das Erbetteln von Almosen, sondern um den Erwerb von Rechten und die Ermöglichung von Teilhabe. Die Partei muss Impulse setzen zur Übernahme von Verantwortung durch Aufzeigen von Wegen zur Verwirklichung von Gerechtigkeit.

Die SPD hat sich in ihrer langen Geschichte stets orientiert an das der Politik Vorgegebene: Menschenwürde und Gerechtigkeit. Das Schlagwort dafür lautete im letzten Bundestagswahlkampf „Respekt“. „Wir wollen eine Gesellschaft des Respekts“ sagen Olaf Scholz, Hubertus Heil und die übrigen Sozialdemokraten aus Regierung und Parteiführung. Wir wollen eine Gesellschaft „jenseits des Kapitalismus“ hätten Sozialdemokraten früher gesagt oder wir wollen den „Sozialismus“. Ich komme darauf zurück, möchte aber zuvor noch auf die vier, vielleicht wichtigsten Arbeitsfelder eingehen, die sich in unseren 20er Jahren für die Sozialdemokratie auftun.

Die Schaffung einer gerechten Klimaneutralität durch den gemeinwohl-orientierten Umbau unserer Gesellschaft und Wirtschaft scheint mir die erste der wichtigsten Aufgaben zu sein. Die soziale Frage und die Klimakrise müssen zusammen beantwortet werden. Es bestehen viele Verlustängste an Arbeit, Mobilität und Wohnen gerade in jenen Schichten, die nicht in großstädtisch- akademischen Milieus im Homeoffice arbeiten und nicht selbstbestimmt und finanziell abgesichert leben können. Die Fragen nach Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft und nach der Ausrichtung der Politik am Gemeinwohl, die Frage nach der Würde des Arbeitenden sind auch Fragen nach der ökologischen Transformation. Eine ökologische Politik muss sozialdemokratisch sein oder sie wird nicht sein.

Das zweite wichtige Aufgabenfeld in diesem Jahrzehnt besteht in der Sicherung einer stabilen internationalen Ordnung, die die Einheit Europas stärkt, den Frieden sichert und die Globalisierung gerecht gestaltet. Die Sozialdemokratie hat bereits vor fünfzig Jahren Lebensqualität als politisches Ziel auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei ging es ihr nicht um das Immer-mehr des Lebensstandards, sondern um das Immer-besser für die Menschen. Das soll jetzt nicht nur die Innenpolitik, sondern auch die internationale Politik bestimmen. An zwei Stellen wird sich die Ehrlichkeit der Politik in diesem Aufgabenfeld testen lassen: An der Bereitschaft, sich nicht der Not der Flüchtlinge zu verschließen und an der Bereitschaft, die Werte der Freiheit und der Gerechtigkeit zu verteidigen sowie

jeden Angriff auf die Menschenwürde und auf die Gewissens- und Religionsfreiheit abzuwehren.

Als drittes Aufgabenfeld will ich hier nennen die Bewältigung des demographischen Wandels für die Arbeitswelt und die sozialen Sicherungssysteme. Wie wir wissen, berührt auch dieses Thema die Substanz sozialdemokratischer Identität. Ich möchte hier gleich noch einen vierten Aufgabenbereich hinzufügen: Die Gestaltung des digitalen Wandels, so dass er der Emanzipation und Selbstbestimmung der Menschen und dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in sozialer Gerechtigkeit dient.

Interessanterweise kehrt nach 160 Jahren die SPD wieder zu ihrem Ursprungsthema zurück. Zur Gründungszeit der Partei zog in Europa die Industrialisierung auf. Die SPD nahm sich der politischen Fragen an, die sich ergaben, wenn Menschen aus ihren sozialen Zusammenhängen gerissen wurden, sich Arbeitsbedingungen zu unterwerfen hatten, die sie zerstörten und einer Macht von Besitzenden ausgeliefert waren, gegen die sie sich als Einzelne nicht wehren konnten. Genau diese Fragen stellen sich heute wieder. Man kann noch so sehr von der heilen und unbegrenzten digitalen Welt schwärmen, die Probleme für die Menschen bleiben analog und müssen auch analog gelöst werden.

Um sie zu lösen bedarf es einer politischen Kraft, die damit reichlich Erfahrung gemacht hat in ihrer Geschichte. Es geht um Macht, Besitz, Geld und falsche Versprechen und um die solidarische Gegenmacht, die für Gerechtigkeit und Freiheit streitet. Es geht um den Sozialismus.

### **Demokratischer Sozialismus**

Ich möchte auf das Wort Sozialismus und auf die damit verbundene sozialdemokratische Idee nicht verzichten. Auch nicht, nachdem sich die brutale Hitlerei „Nationalsozialismus“ nannte und auch nicht, nachdem die Bezeichnung „real existierender Sozialismus“ ein stalinistisches Terrorsystem verschleiern sollte. Nein, der demokratische Sozialismus, den die SPD als ihr politisches Ziel ansieht, hat nichts mit Unterdrückung, Ausbeutung und Menschenverachtung zu tun, wie es das bei den Nazis und bei den Kommunisten gab. Unter diesen beiden Regimen war die SPD nicht ohne Grund verboten und wurden die Sozialdemokraten als Opposition verfolgt.

Die SPD will eine andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der Respekt herrscht. Einige sagen auch: in der das Wir bestimmt. Die SPD will eine andere Wirtschaft. Eine Wirtschaft, in der nicht der Markt alles regelt und in der nicht das Kapital bestimmt. Die SPD will den Sozialismus als eine Ordnung, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle verwirklicht sind. Das ist eine immerwährende Aufgabe, das bedeutet sich immer neu anzustrengen. Deshalb wird in allen Parteiprogrammen über die gesamte Geschichte der SPD hinweg als Ziel sozialdemokratischer Politik der Sozialismus in seiner demokratischen Ausrichtung genannt. Die SPD darf auf dieses Ziel nicht verzichten. Das würde sonst bedeuten, die Identität zu verlieren und die eigene Geschichte zu verleugnen. Die SPD ist und bleibt die linke Volkspartei, weil sie alle zu dem Mehr an Freiheit,

Gerechtigkeit und Solidarität mitnehmen möchte. Dabei gilt die Devise von Willy Brandt: „Jede Zeit braucht eigene Antworten“. Aber die Quelle dieser Antworten darf nicht verschüttet werden. Und die liegt in der geschichtlichen Erfahrung.

Stellen wir zum Schluss noch einmal die Grundwerte des demokratischen Sozialismus dar, indem in Abgrenzung zur Sozialdemokratie die anderen politischen Strömungen charakterisiert werden.

Liberales meinen, Freiheit und Gerechtigkeit könnten ohne eine die ganze Gesellschaft umfassende Solidarität der Menschen und ohne eine die sozialen Voraussetzungen gestaltende Politik geschaffen und bewahrt werden. Sie wollen möglichst wenige Vorgaben machen und die Politik dem freien Spiel der Interessengruppen überlassen. Die besonders Radikalen unter ihnen meinen, es wäre richtig, wenn sich immer die Stärksten durchsetzen.

Konservative sind der Meinung, es könne zwischen Reichen und Armen, zwischen Mächtigen und Machtlosen eine wirkliche Solidarität geben und man könne die Freiheit für alle bewahren, wenn man an überkommenen Privilegien festhält und eine angeblich natürliche Ungleichheit anerkennt. Deshalb wollen Konservative möglichst viele bestehende Strukturen erhalten und mit der Übernahme von Machtpositionen durch starke Persönlichkeiten Politik gestalten. Ihre Idee ist eine formierte Gesellschaft. Die besonders radikalen Konservativen vertreten einen Paternalismus, der auf die Mitsprache und die Beteiligung der Menschen verzichtet.

Politische Romantiker sind der Meinung, eine freie und gerechte Ordnung sei ohne die bewusste und verbindliche Anerkennung gesellschaftlicher Pflichten und ohne die solidarische Zusammengehörigkeit aller möglich. Sie plädieren für die kleinen Gemeinschaften, die sich in Sympathie je neu finden, um ihr Zusammenleben zu verabreden. Dabei verkennen sie die Abhängigkeiten im Großen und die Bedeutung von Parteien als Instrumente zum Erringen gesellschaftlicher Mehrheiten.

Die kommunistischen Linken meinen, es gäbe Gerechtigkeit ohne Freiheit und man könne Solidarität erzwingen. Ihre „neue Gesellschaft“ beruht auf Unterdrückung.

Nationalistische Populisten wollen eine Volksgemeinschaft auf der Basis von gesellschaftlicher Ausgrenzung, behaupteter prinzipieller Ungleichheit der Menschen und ohne die Anerkennung persönlicher Freiheitsrechte errichten. Ihr Ziel ist die Aussonderung der Andersdenkenden und der Andersseienden.

Sozialdemokraten unterscheiden sich von diesen politischen Strömungen zunächst einmal darin, dass sie wirklich eine neue politische Ordnung wollen. Der Raum für das politische Handeln eröffnet sich zwischen Utopie und Anpassung. Wir können nicht das Paradies auf Erden schaffen. Aber jede Politik muss das Glück der Menschen anstreben, jedoch immer in dem Bewusstsein, es niemals für alle gleichzeitig verwirklichen zu können. Den Sinn des Lebens kann Politik nicht stiften. Aber - und das sei hier als zweite Abgrenzung betont - Politik ist auch mehr als das bloße Nachvollziehen sogenannter Sachzwänge, die wir auch Experten überlassen könnten. Politik ist die bewusste Gestaltung des Gemeinwesens zur Sicherung der menschenwürdigen Existenz. Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgang und Ziel sozialdemokratischer Politik.

Mit dem sozialdemokratischen ABS-System soll der Kapitalismus ausgebremst und in einer menschenwürdigen Spur gehalten werden. ABS – Arbeit, Bildung, Soziales! -A- wie gute Arbeit, -B- wie Bildungsgerechtigkeit, -S- wie soziale Sicherheit. Wir brauchen den Zusammenschluss in der Partei, um Menschen in gesellschaftliche Positionen zu bringen, die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Freiräume zur Gestaltung von Arbeit, Bildung und sozialer Sicherheit eröffnet werden.

Sozialdemokraten müssen dafür einstehen, dass unter Freiheit mehr verstanden wird als eine erhöhte Flexibilität am Arbeitsplatz oder die unbeschränkte Auswahl an Internetzugängen und der grenzenlose Konsum in unseren Fußgängerzonen. Freiheit bedeutet nicht, tun zu können, was einem selbst nutzt. Freiheit meint für uns die Freiheit von entwürdigenden Abhängigkeiten und die Freiheit zur Entfaltung der eigenen Person in den Grenzen, die durch Gerechtigkeit und Solidarität gezogen werden.

Sozialdemokraten müssen dafür einstehen, dass unter Gerechtigkeit mehr verstanden wird als die Tolerierung der existierenden Ungleichheiten von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen. Gerechtigkeit meint für uns das Recht auf gleichwertige Lebenschancen, also auf gleiche Freiheit. Dazu gehört auch die Verteilungsgerechtigkeit. Wir reden nicht einer Gleichmacherei das Wort, vielmehr folgt aus der gleichen Würde aller Menschen die Gerechtigkeit als die Gleichwertigkeit der tatsächlichen Chancen zur Selbstentfaltung.

Sozialdemokraten müssen schließlich dafür einstehen, dass unter Solidarität mehr verstanden wird als die Versorgung der von der gesellschaftlichen Dynamik Abgehängten. Solidarität bedeutet für uns die Voraussetzung dafür, dass auch diejenigen, die nicht über die gesellschaftliche Macht verfügen, zu Freiheit und Gerechtigkeit gelangen können. Solidarität ist der Ausdruck für die Verbundenheit aller Menschen und ihrer Verantwortlichkeit füreinander.

Wer dieses Verständnis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität teilt, ist ein Sozialdemokrat und in der SPD willkommen. Und wer an der Verwirklichung dieser Grundwerte mitarbeitet, arbeitet mit an der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus.